

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterrinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Ersteim im Monat. Abonnementpreis durch die Post bezogen.
Vierteljährlich 1.20 M. Anhängerpreis die Spende. Sonderpreise für Arbeits-
rechte 75 Pf. Geldstücke und Präsentanzetzen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-
Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Herausgeber: Duisburg, Stavelotstr. 11, Telefon 300-07.
Schluss der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr, abholen und abgeben.
Anmeldungen und Belästigungen sind an die Herausgeber zu richten.

Allgemeine Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 42.

Duisburg, den 18. Oktober 1919.

20. Jahrgang

Akkord oder Zeitlohn.

Weil niemals ist über das Thema Akkord- oder Zeitlohn so aus-
gleich diskutiert worden in Arbeiter- und Unternehmertreissen, wie
in den Tagen seit der Revolution.

Die ersten empfanden den Akkord als etwas Drückendes und
Ungerechtes, für die letzteren bedeutet die Abschaffung des Akkords
eine Gefährdung des Unternehmens und somit die Gefährdung des
Wirtschaftslebens überhaupt.

Während mancherorts behauptet wurde, daß im Zeitlohn gerade
so viel geleistet werde wie im Akkord, konnte man beobachten, daß die
Produktion in fast allen Betrieben gewaltig zurückging.

Man würde jedoch vielen Arbeitern bitteres Unrecht zufügen,
wollte man sagen, der Produktionsrückgang sei allein auf Kosten der
Akkordabschaffung zu buchen. Wangel an Rohmaterial, verschlissene
Maschinen, Entfristung nach den harten Kriegsjahren usw. tragen
unstreitig ein großes Teil dieses Kontos. Auch daß viele Werke
drohten, den Betrieb zu schließen, wenn nicht die Vergütung wieder in
Akkord arbeiten wolle, ist kein unumstößlicher Beweis, daß das Ver-
weigern der Akkordarbeit die alleinige Ursache hierzu ist.

Aber eines steht fest, ein Teil Schuß fällt mit auf die Einschü-
lung des Schichtlohns.

Dem Arbeiter der selten Pflicht dem Staate und der Gesamtheit
wohl bewußt ist, der arbeitet, ohne durch irgendein System
oder Vorgesetzten ständig angetrieben zu werden, ist auch dieses Ur-
teil noch zu hören. Er sagt sich, und mit innerer Verzerrung, „Ich
tat meine Pflicht, aber manch' oder viele töten sie nicht.“

Das liegt des Bübels Kern. Nicht nur in Hütte und Werkstatt
und Fabrik gibt es Menschen, die ihre Pflicht nicht erfüllen. Draußen
auf der Straße, in den Büro, im Staat, überall sind solche Men-
schen anzutreffen. Man macht für solche pflichtvergessene Menschen
Gesetze. Diese Gesetze sind notwendig, um das Recht zu führen und
den Unrechten zu strafen.

Der pflichtlose Mensch kommt mit den Gesetzen nicht in Kon-
takt. Auch ohne diese Gesetze würde er nicht betrügen, stehlen, mor-
den usw.

Genau so verhält es sich mit dem pflichttreuen Arbeiter: er ver-
richtet seine Arbeit, ob im Akkord oder Zeitlohn, aber unrichtig wäre es
demjenigen, der seine Pflicht nicht erfüllt, nun auch den gleichen Lohn
zu geben. Wollte man die's, wäre ja keine Möglichkeit gegeben,
dem Pflichtigen und Fleißigen mehr zu geben, als demjenigen, der
weniger leistungsfähig ist und ebenso seine Pflicht nicht erfüllt.

Rechtes Interesse für Emporionen und Vorortstreisen würde
schwinden, wollte man sagen, jeder über 20 oder 24 Jahre alte Ar-
beiter erhält den bestimmten Stundenlohn.

Es gibt aber eine große Menge Arbeiter, die da seien, das alles
lassen wir nicht gelten. Ein jeder Arbeiter muß durch Erziehung so-
weit gebracht werden, daß er seine Pflicht voll und ganz erfüllt.

Auch ein Standpunkt!

Ich gebe noch weiter: Jeder Staatsbürger muß sowohl
gebracht werden. Aber wehe dem Stroh, der vor einen Tag die
Gesetze eher beseitigt als alle Staatsbürger auf dieses Niveau ge-
bracht sind. Hinreichendes Unrecht würde die Folge sein. Auch
werden wir die gesamte Menschheit nie soweit bringen. In der Welt
ist eben nichts vollkommen. Menschliche Erziehung und Taktik, Revolu-
tion und Radikalmittel werden die Menschen auf nie vollkommen
machen. An den Himmel auf Erden? Ich glaube nicht daran und
— im Ernst — du wohl auch nicht?

Wieder andere aber sagen, durch das Akkordsystem sinkt der
Mensch herab zur Ware. Er will einfach nehmen, was der Unter-
nehmer ihm billigt. Paßt es ihm nicht, macht's ein anderer und
er kann sehen, was er treibt. „Wir haben rechte Menschen und haben
über unsere Kraft und können ein Mitbestimmungsrecht, besprechen
verwirren wir den Akkord.“

Nur nicht posieren, mein Freund. Eine so wichtige Frage er-
fordert Ruhe und Überlegung. So in Faust und Bogen zum
Dienst hinaus geht es nicht.

Wir haben keinen brauchbaren Erfolg. Das reine Heilesystem ist
auch nicht gerecht, wie wir oben geschen haben, obgleich davon, daß
es für die Hallenleitung vollständig ungeeignet ist. Kalkulieren und
Festsetzung müssen wir aber machen, um überhaupt Gedanke,
besonders mit dem Auslande, machen zu können.

Kein Mensch wird uns einen Auftrag geben, wenn wir auf seine
Frage: „Was willst du mir sagen?“ Werten Sie, ich muß erst selbst leben,
wie lange die Leute bronzen, und wenn er fragt: „Was kostet, ich
sagen: Das kommt darauf an, wie lange die Leute drouthen und wie-
viel Schichtlohn sie beim nächsten Tarifabschluß erhalten.“

Die Akkordfrage spielt in unserem Wirtschaftsleben eine viel-
größere Rolle, als mancher Arbeiter ahnt. Gerade dadurch, daß
wir den Kunden im Auslande keine festen Preise und Liefertermine
geben konnten, sind der deutschen Metallindustrie Millione ver-
loren gegangen in den letzten Monaten.

Aber auch für viele Betriebe, welche das Akkord beliefert, ist
eine genaue Erstellung der Gestaltungslösungen — und das ist doch nur
aus Gründen der Akkordberechnung möglich — eine gesunde Geschäft-
führung nicht denkbar.

Zu den angeführten Momenten kommen noch solche Vollwirt-
schaftlicher und erzieherischer Natur, welche die Abschaffung des
Akkords nicht das Wort reden.

Pflichtsicherer Beurteilung der angeführten Punkte muß jeder zu-
ber Überzeugung kommen, daß nicht an die Abschaffung des Akkordes
gedacht werden kann. Aber anderseits kann auch nicht daran ge-
dacht werden, den Akkord mit seinen alten Härten und Ungerechtig-
keiten weiter zu behalten.

Eine Reform des Akkordsystems muß angestrebt werden. Dar-
über etwas im nächsten Artikel.

S. W.

Weiter g. ill Chaos.

Das deutsche Wirtschaftsleben befindet sich augenblicklich in einem
völligen Chaos und ausgerechnet jetzt sind Schiefer

und Wucherer mit allen Kräften an der Arbeit, und ganz zu ru-
hnen. Zu dieser Lage schreibt die Post:

Es ist seit der Revolution der deutschen Arbeiterschaft unzählige
Male gesagt worden, daß nur Ordnung und planmäßige Arbeit die
deutsche Wirtschaft vor dem Aufruhr retten könne. Es wäre
aber klug, wollte man eine solche nationale und moralische Ver-
einigung einseitig für die Arbeiterchaft feststellen. Gerade die-
selben Kreise, die zur Führung in Wirtschaftsleben berufen sind,
müssen heute erkennen, daß eine von nationalen Gesichtspunkten ge-
leitete Wirtschaftspolitik nur dann geübt werden kann, wenn in ihr der
gemeinschaftliche Geist regt. In unserem Wirtschaftsleben herrscht
heute des Chaos. Schuld daran sind auch äußere Umstände, die
außerhalb des Einflussbereichs der Wirtschaftsschulen seien liegen. Ve-
sonders hat die durch die Entente erlöste Niederlage gegen
die militärischen Rivalen einen chaotischen Zustand geschaffen,
die weil sie unsere eigene Außenwirtschaft verwirren, auch eine plan-
mäßige Außenwirtschaft unmöglich machen. Schuld an den augen-
blicklichen Zuständen ist aber auch die Politik des Reichswirtschafts-
ministeriums, das bald den Diktator spielen will, bald die mißbilligte
Aussenwirtschaft kausal abbaut und so nur Hindernis gegen den
freien Handel schafft.

Ein Beispiel für den Irrtum, wie er das gegenwärtige Kenn-
zeichen des deutschen Wirtschaftslebens bildet, sind die Ansätze einer
dem Eisenmarkt, über die uns Berichte von bestinformierter
Seite vorliegen. Hier hat sich noch der Ausschuß der Brangspitzen-
kraft in Südwester Kreis, ein Schieberkumt bereit gemacht, wie es
sich immer nicht gedacht werden kann. Material mit kurzer Liefer-
frist ist auf reguläre Weise überhaupt nicht zu erhalten. Wohl aber
bestimmt man es vom Schlechthändler erb men kann sich deuten, zu
meiden phantastischen Preisen. Die Bezeichnung der Brangspitzen-
kraft hat hier eben erstmals eine erhebliche Bedeutung, die freie
Wirtschaft sondern die Schieberirtschaft gebracht. Das
nimmt natürlich nicht Wunder, wenn die freie Wirtschaft zu einer
Zeit einstürzt werden soll, wo die Verantwortungen des freien Markt-
tes noch nicht gegeben sind, wo also dem starken Nachfrage noch keine
einsatznahmen entgegengesetzte Verkürzung gegenübersteht. Deutlich ist
es, daß es dem Eisenmarkt während des Krieges über das Verbot
der Bezugnahme und Transportleistung eine selbst wurde, da es
noch nicht im Eisenhandel einen Kettenhandel nicht wäre, und die Kle-
schenkonstellationen hier, wie bekannt wurde, keine Auswirkung
aufkommen lassen würden. Jetzt werden aber wieder Stimmen laut,
die die verdeckten Transportleistungen fürchten, und diese sind bereits
an einigen Stellen wieder eingesetzt worden.

Den Verhältnissen auf dem inneren Markt entsprechen die Zu-
stände, die hier bei der Außenhandelswirtschaft herrschen.
Da der Außenhandel sich, wie wir sehen haben, auf dem Eisenmarkt
nur breit machen sollte wegen der geringen vor Verarbeitung stehenden
Materialmengen, so ist es verständlich, daß die vorarbeitende Industrie
sich gegen die unbedenkliche Annahme von Rohstoffen und unbek-
anntem Weile wendet. Die Industrie muß dies tun, weil sie
ihre Arbeiter beschäftigen will, weil sie die Rohstoffe zur Herstellung
von hochwertigen industriellen Erzeugnissen braucht, die das beste
Rüstungsmittel für unsere vom Ausland benötigten Rohstoffe dar-
stellen. Die niedrige Valuta macht zudem eine einheitliche Preis-
regelung für Außenrechte notwendig. Eine Verhinderung unserer
Waren bedeutet zunächst, daß wir unsere Arbeitskraft dem Auslande
zu Spülreisen zur Verfügung stellen. Wir selbst müssen, da die
Markt im Auslande nur noch den fünften bis sechsten Teil wert ist,
die freien Rohstoffe um das fünf- bis Sechsfache teurer bezahlen.
Gleichzeitig gilt aber die deutsche Arbeitskraft auf dem Weltmarkt
nur noch ein Fünftel ihrer gegen uns, wenn wir unsere Waren verschleudern,
den Preis des Auslandes zu, des die heutigen deutschen Waren als eine Bedrohung seiner eigenen Indu-
striewirtschaft ansicht. Bereits haben deutlich Schleuderkreise die
Erzeugnisse der Feinmechanik und Optik die Erhebung eines be-
sonderen Einfuhrzolls in Frankreich zur Kenntnis gehabt. Auch Eisenstrukturen
finden in Holland zu Preisen angeboten werden, die weit
unter den Auslandspreisen, gelegentlich selbst unter den Preisen für
unverarbeitete Eisen liegen. Nur ist unsere niedrige Valuta, die die
billigen deutschen Ausfuhrpreise bedingt, ja zum nicht geringen Teil
eine Folge der uns auferlegten katastrophalen Friedensbedingungen, die
den Rücken unseres Wirtschaftslebens unendlich erschweren.
Es wäre nur folgerichtig, wenn das Ausland, um sich vor der deut-
schen Schleuderkreis zu schützen, eine Überprüfung der Friedens-
bedingungen dahin vornehmen würde, daß eine im Auslande
liegende Erklärung der deutschen Wirtschaftskraft nicht un-
möglich gemacht wird. Welchen Weg aber die Abwehr des Auslandes
gegen die deutliche Schleuderkonkurrenz einzuhalten, darüber ist
uns der Gesamtwerk die Augen, den der französische Abgeordnete Denoix der Kommission vorgelegt hat. Dieser Entwurf verlangt,
daß einer den von Elementen allgemein vergleichbaren Tarifzölle
ausgleichsweise für die entsprechende Valuta erhoben werden.
Die Höhe dieser Zölle soll von der Wiederaufmachungs-
kommission jeweils nach dem Kürte des deutschen Gebes festgesetzt
werden.

Es ist hoher Sack unserer Preispräfungsstellen, zu verhindern,
daß deutsche Waren auf dem Weltmarkt verschwinden werden. Ein
Abbau der Preispräfungsstellen, wie es jetzt von einigen Seiten ver-
langt wird, ist so lange nicht möglich, als die deutsche Valuta nicht
nieder die Perität erreicht hat. Im Gegenteil sollte das System der
Preispräfungsstellen ausgebaut werden, so daß für jeden in sich
abgeschlossenen Industriezweig eine solche Stelle gebildet wird. Na-
türlich muß es sich hier um von den einzelnen Wirtschaftszweigen
gebildete Selbstverwaltende Körperheiten handeln, an deren Mitgliedern
eine Verantwortung der Brangswirtschaft, da wir täglich aus
neue erscheinen, den der Konservatismus niemals fruchtbare Wirt-
schaftspolitik leisten kann. Aber zwischen Brangswirtschaft und
freiheit Wirtschaft gibt es noch ein Drittes, nämlich eine von dem
Erbeverantwortungsgesetz ihrer einzelnen Glieder getragene, die
Tatkräft des Einzelnen ergänzt in die Allgemeinheit interessen ein-
gliedernde Gemeinwirtschaft.

Der Werdegang des Düsseldorfer Tarif- vertrages.

In dem Raum der ersten Monate dieses Jahres schien es, als
müsste erst jede der wirtschaftlichen Großmächte unseres Volkes zum
Stillstand gebracht werden, ehe die Mündete zur Vernunft berufen
und die eigene Verlängung am wirtschaftlichen Aufbau einleben
würde. Man vertrat unter der Metallarbeiterchaft den Gedanken
der direkten Aktion mit Beschluß und Vorarbeitergewalt“ und
glaubte durch Augenblickserfolge, denen mehrere aus politischen
Gründen begonnene Streiks und zahlreiche politische Versammlungen
innerhalb der Werke folgten, am Ziele aller zum Kommunismus sich
auswirkenden Bestrebungen zu sein. Doch mit diesen unähnlichen
Gelegenheitserfolgen lehnte sich auf die Zweckbestimmung der
Menschen aufsehende Glückszustände zu erreichen sind; hat die Ge-
schichte längst bewiesen. Seit stets mehrende Arbeiterzahlen er-
kannten längst, daß auch der größte Gewalt zum Erfolg führen kann
und so wurde auch hier mehr und mehr der Boden wieder zurück-
gewonnen für eine planmäßig sich durchsetzende Gewerkschaftsarbeit
durch die Zentralgewerkschaften.

An dieser Erkenntnis traten am 9. Mai die im christlichen Me-
tallarbeiterverbund organisierten Betriebsausschüsse in Gemeinschaft
der Verbandsvertretung zusammen zur Beratung zusammen und schickten
nach einem eingehenden Bericht des Gewerkschaftssekretärs Lenzke
den Beifluss, den örtlichen Arbeitsgemeinschaften den Antrag zu unter-
breiten, „unverzüglich die tarifliche Festlegung der
Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die gesamte
öffentliche Metallindustrie einzuleiten und durch
zu führen“. Da für den 12. Mai eine gemeinschaftliche Sitzung
der drei Zentralgewerkschaften der Metallindustrie stattfand, wurde
dieser Antrag zur Einleitung von Tarifverhandlungen in der
Metallindustrie unterbreitet und begründet. Trotzdem sich keiner
der Betriebsvertretungen der sozialdemokratische Tarifvertrag nicht
für sozialdemokratische Mehrheit den Antrag nicht
allein zu geben versuchte.

Der Antrag auf Einleitung von Tarifverhandlungen beim Ar-
beitsgericht wurde eingereicht, kam aber nicht zur Verhandlung,
weil die Unterstützung der anderen zur Arbeitsgemeinschaft gehörten
den Gewerkschaften ausblieb. Die Verhandlungen auf den Werken
drängten jedoch zu einer Entscheidung; denn die von politischer Seite
vertretene „passive Neidstanz“ führte zur Wiedereinführung der
Akkordarbeit. Dies kam bei der Maschinenfabrik Maierle die
durch zum Durchbruch, daß die Werksleitung durch Antrag erklärte,
den Betrieb schließen zu wollen, wenn die Akkordarbeit nicht wieder
eingeführt würde. Das scherte auf diesem Werke zur Besinnung. Dem folgte die Werksleitung der „Heimmetall“ mit der Er-
klärung, einen Teil des Betriebes schließen zu müssen, wenn die
Akkordarbeit dort, wo durchführbar, nicht wieder eingesetzt würde.
Bei der Firma Schieck A.G. kam es zu Werksversammlungen,
trocken das Werk hinreichend mit Zusätzen verfehlten. In
einer mit dieser Situation sich beschäftigenden Versammlung der
„Heimmetall“ in der Tonhalle trat der Gewerkschaftssekretär
Leupold die gewerkschaftlichen Richtlinien für die wieder einzufüh-
rende Akkordarbeit, während der sozialdemokratische Gewerkschafts-
führer, der die unausbleibliche Akkordarbeit mit Schlagworten aus
dem U.S.P. Wörterbuch zu bekämpfen versuchte, den Beifall der
Mehrheit erntete. Der christliche Arbeitgeber wurde nie-
geschrien und war zum Schluß tödlichen Angriffen ausgesetzt. Wenige
Tage später begannen die Verhandlungen im Direktionsgebäude
der „Heimmetall“ über diesen Gegenstand und der sozialdemo-
kratische Gewerkschaftsführer mußte erfahren, daß der sich in dieser
Welt aus U.S.P. und Kommunisten zusammensetende Ar-
beitsausschuß in vielen Sitzungen bereits Rückschlüsse auf
Wiedereinführung der Akkordarbeit mit der Werksleitung
getroffen hatte, die von den Führern der Zentralgewerkschaften
durch den Werksleiter mit dem Recht, daß nach einem Brüder zum
Ziel der Akkord angekommen war, wurde. Am 23. Juli begannen
die Verhandlungen über die Forderungen der Werksausschüsse mit
dem negativen Beifall. Die Werke begründeten ihre schwierige
Stellung und war zum Schluß tödlichen Angriffen ausgesetzt. Wege, die wegen Zahlungsunfähigkeit zur Siedlung der Betriebe
führen müßten, weil leider die Steuererhöhung der Produktion zu erwarten
sei. Auf eine Frage eines christlich organisierten Mitgliedes der
Arbeitsgemeinschaft nach Erhöhung der Mindestlöhne gaben die Ar-
beitgeber die Erklärung ab, daß sie grundlos bereit seien, in einer
jährligen Lohnregulierung einzutreten, wenn sich die Arbeitsgemein-
schaften die Akkordarbeit auf der Grundlage der „Heimmetall“-
anträge. Damit erklärten sich die Gewerkschaftsführer einver-
standen und so wurde die Grundlage gefunden, die Tarifverhandlungen
beiderseits zu zusammenschließen. Den vereinigten Tarifverhandlungen
ging jetzt die Sache nicht schnell genug. Wie schon des öfteren, so
glaubten dieselben auch jetzt wieder, den Zentralgewerkschaften in
ihren Aufgabenkreis hineinzutreiben. Man schuf den Plan,
die wichtigsten Zweige der Metallindustrie aus den Werken herauszu-
ziehen und diesen eine separate Tarifverhandlung zu geben. Die
Werke, die wegen Zahlungsunfähigkeit zur Siedlung der Betriebe
führen müßten, waren mit dem Beifall der Werksausschüsse an der
Siedlung beteiligt. Trotzdem kam der Werksleiter, alle in der Arbeitsgemein-
schaft beschlossenen Sätze ab. Juli, nachdem zu
wollen. Danach war dieses Beginnen ein Verbrechen an der
gesamten Arbeitschaft des Düsseldorfer Werkes, die in jüngerer Zeit in
Wille und geringer Lohn arbeitete. Arbeiterslossen wurden und schieden
den viel geringeren Lohnen unterstellt, die entgegen den Rechtsbestimmungen erzielt wurden, ob-
gleich die Werke den Beifall der Werksausschüsse an der Siedlung
der Betriebe brachten. Gewerkschaften und Werke.

ren die Gelehrten der Allgemeinheit mit weit über 100 Ml. Wochenbeiträge aufzustellen. Trotzdem die gesamte Belegschaft auf der Straße lag, ging die Solidarität der Streikenden nicht so weit, ihre Unterstützungslöhe zugunsten der durch die Handlungsspielrechte erheblich geworbenen herabzusetzen, um der anderen Arbeiterschaft, welche vorher das Geld mit aufzumengebracht hatte, diese Verträge zu überwinden. Dieser Streik wurde am 11. August vom Hause aus gebrochen, trotzdem bereits bekannt war, daß am 13. August die Tarifverhandlungen beginnen sollten.

Von diesem Zeitpunkt an sind in fortlaufender Reihenfolge die Tarifverhandlungen gestartet worden. Bereits in der ersten Sitzung wurde neben dem ganzen organischen Aufbau des Vertrages in der Erfassung der Industrie, der Mindeststandards für die Maschinenindustrie, Eisenbahnen, Waggonfabrik und ähnliche Betriebe ordentlich festgelegt. Von den Vertretern der Arbeiterschaft wurde ein Stundenlohn von 3 Mark in Vertrag gebracht; jedoch erklärte ein Industriemitarbeiter der "Rheinmetall" in etwas vereiliger Weise, daß seine Kollegen auf mindestens 2,80 Mark rechneten. Nachdem die Unternehmer die grundlegende Erklärung für die Aufnahme der Abstimmung nach den Richtlinien der "Rheinmetall" eingefordert und erhalten hatten, wurden von ihnen folgende Lohnsätze in Vertrag gebracht, die bestätigt, jedoch von ihnen, gestützt auf die vorläufig abgegebene Erklärung, festgehalten wurden.

Gruppe A. Maschinenfabriken, Eisenbahnen, Waggonfabriken und verwandte Betriebe:

1. A-Lohnstufe (Gelernte Arbeiter).

über 23 Jahre	2,80 M.
21–25 Jahre	2,70 "

noch der Lehre bis 21 Jahre 1,70–2,10 "

2. A-Lohnstufe (Facharbeiter ohne Lehrzeugnis).

über 25 Jahre	2,50–2,70 M.
von 21–25 Jahre	2,10–2,50 "
von 19–21 Jahre	1,80–2,00 "
von 17–19 Jahre	1,50–1,80 "

3. A-Lohnstufe (Angelernte Arbeiter).

über 25 Jahre	2,80–2,50 M.
von 21–25 Jahre	2,00–2,30 "
von 19–21 Jahre	2,00–2,30 "
von 17–21 Jahre	1,70–1,90 "
von 17–19 Jahre	1,40–1,70 "

4. A-Lohnstufe (Hilfsarbeiter).

über 21 Jahre	2,00–2,30 M.
von 18–21 Jahre	1,70–2,00 "
von 16–18 Jahre	1,50–1,80 "
von 14–16 Jahre	0,80–1,10 "

(Schluß folgt.)

Wir und die Betriebsräte.

Der zweite Gesetzentwurf über die Betriebsräte ist nun endlich der Nationalversammlung zur Beratung zugegangen. Es ist von einem Teil der Presse gefordert worden, daß er nun schnellstens innerhalb acht Tagen verabschiedet werden könnte. Wir haben gleich gegen diese überstürzten Beratungen gehakt und diese Bedenken sind zweifellos bei der ersten Beratung verständlich worden. Es geht einfach nicht an, ein derartig wichtiges Gesetz im Handumdrehen zu erledigen. In diesem Betriebsratengesetz muß die Freie entschieden werden, inwiefern das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten gesetzlich festzulegen ist. Hier ist vor allem die kritische Prüfung des Mitbestimmungsrechtes bei Einstellung und Entlassung der Arbeiter und Angestellten einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. S. 21 der ersten Vorlage, war vielleicht gut gemeint, aber die Regelung denkt und die sozialdemokratischen Gewerkschaften im Vordergrund. Hier muß ein Weg gefunden werden, der auch den Mitgliedern der Minderheitsorganisationen Lust läßt auf freien Entwicklung und Betätigung. Es geht einfach nicht an, gesetzlich etwas festzulegen, das sich nochmals in der Hand eines rein sozialdemokratischen Betriebsrates als Waffe gegen alle christlich organisierten Arbeiter und Angestellte erweisen würde. Wenn heute ist es leider noch eine bedauerliche Tatsache, daß führt der "freien" Gewerkschaften es bald und sogar noch anstrebt, daß unsere Mitglieder von der Arbeit ausgeschlossen werden, doch nur, weil sie sich christlich organisiert haben. Deshalb schlagen wir vor: Bei allen Streitfragen, die sich aus der Einstellung und Entlassung der Leute ergeben, muß der Betriebsrat gehört werden. Ist keine Einigung zu erzielen, so ist der Schlichtungsausschuss anzuordnen. Diesen Weg schlagen wir vor und möchten wünschen, daß sich die anderen Kollegen einmal dazu äußern.

Das weiterhin dort großer Wichtigkeit ist, wird die sogenannte Wahlordnung sein. Auch hier heißt es vor allen Dingen uner Augenmaß darauf zu achten, daß die Abberufungsmöglichkeit in die nötiger Schranken zurückgeworfen wird. Auch die Amtsdauer mit einem Jahr erscheint uns zu gering und fordern mindestens zwei Jahre, schon allein der praktischen Bedeutung halber, weil der Betriebsrat sonst gar nicht in der Lage ist, praktische Arbeit zu leisten, weil die Zeit von einem Jahre zweifellos zu kurz ist, um die fruchtbare seiner Anfangszeit neuen Tätigkeit zu zulassen. Dann darf weiterhin der

ganze Wahlmobus nicht auf den Leib der freien Gewerkschaften aufladen, sonst werden die Minderheitsorganisationen auch hier wieder angegriffen. Also eine Fülle von Änderungsvorstellungen, darunter wäre eine Überkürzung verfehlt, weil sonst Fehler nach der einen oder anderen Seite hin unvermeidlich wären.

Nun kurz unsere Stellung im allgemeinen zu dem Rätesystem. Dazu findet Franz Thierfelder in der "Deutschen Arbeit" treffende Worte. Dort heißt es: "In Deutschland ist die Demokratie fast restlos durchgeführt. Alle 20jährigen Personen haben in Deutschland die Mitgliedschaft der Nationalversammlung gewählt und damit die Regierung des Reiches bestellt. Alle Bundesstaaten und Kommunen haben dadurch Wahlen durchgeführt wie das Reich. Da die arbeitende Bevölkerung, im weiteren Sinne natürlich, die Mehrzahl der Bevölkerung ist, so leuchtet ein, Welch gewaltige, heitere Leidenschaft nicht richtig erwachte Macht die ein zugetraut ist. Die Rechte einzelner Massen sind bestialisch und jedem jährligen Menschen ist die Möglichkeit gegeben, an der Regierung seines Volkes mitzuwirken."

Nun sollte man eigentlich glauben, daß unter solchen Umständen eine Illusion an weiteren Illusionen nicht mehr vorhanden wäre. Wer jedoch so urteilt, verkennt, daß es für die Arbeiterschaften noch eine viel näherliegende Welt gibt, und das ist die Wirtschaft.

Politik und Staat, das sind Worte, bei denen das Gefühl in Wallung gerät. Auch die Arbeiterschaft hat ein großes Interesse daran, durch den Staat ihr Arbeitsverhältnis und ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Hier soll es natürlich den Arbeitern und Angestellten hoffend auf Seite stehen. Seit Jahrzehnten haben viele Kreise der Arbeiterschaft das Gefühl in der Wirtschaft Änderungen einzutreten müssen. Am frühen Morgen oder Abend geht man zur Arbeit, ohne zu wissen, für wen man arbeitet. Müßiggängige Verhandlungen hat den Wunsch noch bestärkt, etwas anderes an diese Stelle zu sehen. Alle diese Wünsche und Bestrebungen der Arbeiterschaft werden nun unter dem Namen "Räte" zusammengefaßt. Sieht man hier von den politischen Bestrebungen zunächst einmal ab, so ist an sich nichts dagegen einzuwenden. Alle christlich organisierte Arbeiter hat uns dieses Ziel immer vor Augen geschaut. Arbeiterausschüsse, Arbeiterkammern, Reichswirtschaftsrat, so und ähnlich haben die Forderungen unserer Kollegen oft genug gehört. Dieses alles soll nun Wirklichkeit werden. Nun können wir aber verkennt, daß bei der Wahl der Räte die christlich organisierte Arbeiterschaft auf dem Posten ist, damit die Räte im Bereich mit den Gewerkschaften gute Arbeit für das allgemeine Wohl des Volles und nicht zuletzt für die Arbeiterschaft leisten können. Darum, auf zur Tat für unsere christliche Arbeiterschaftsbewegung." S. Essen:

Streiflichter

Ist die Kürzung des pfändungsfreien Arbeits-einkommens um den Betrag der Versicherung zulässig?

Bei Gehalts- und Lohnänderungen zeigt die Rechtsprechung sich bei der Frage noch immer zweistufig, ob Angestellte oder Arbeiter die gesetzlichen Versicherungsbeiträge von dem pfändungsfreien Gehalt oder Lohn bezahlen müssen, oder ob dieses sog. "Existenzminimum" ihnen unverzüglich zu belassen ist. Diese Frage hat besonders bei der jetzt herrschenden Steuerung an Bedeutung gewonnen, weil die Beiträge bei der in Rücksicht zu erwartenden Schärfung der Versicherungsbeiträge einen recht süßbitteren Beitrag ausmachen. Die Gültigkeit des Abzuges wird daraus hergeleitet, daß sie als Abzug an Beiträge nicht rechtlicher Vorleistung geschuldet werden. Die Haftungsfähigkeit des Mietauf Grund des Dienst- oder Arbeitsvertrages, sondern Kraft öffentlichkeitswirker sollte also nicht aus dem Dienst- oder Arbeitsvertrag. Deshalb trete auch durch den Abzug keine Gehalt- oder Lohnminde rung ein. Diese Begründung verkennt die Rechtsbeziehungen zwischen Dienstvertrag und Beitragspflicht: Der Sicherungszwang ist allerdinge gesetzliche Grundlage der Beitragspflicht; sie steht aber rechtlich das Festehen eines Dienstverhältnisses vorau. Ohne Dienstvertrag keine Beitragspflicht. Sie ist "enso Rechtsfolge des Dienst- oder Arbeitsvertrages wie die vertragsgemäß zu leistende Arbeitsergeltung. Die Beiträge werden deshalb aus dem Lohn oder dem Gehalt gezahlt. Aus ähnlichen Gründen hat das Oberlandesgericht Celle die Abzugsfähigkeit der Beiträge vom pfändfreien Gehalt und Lohn verneint.

Ein Gesichtspunkt scheint aber bei dieser Streitfrage bisher überhaupt noch nicht beachtet zu sein; er wird gewonnen aus einer hier nur andeutungsweise wiedergegebenen Betrachtung der Zwangsversicherung als einer im Kern sozialpolitischen Maßnahme: Grund und Maß der Versicherungsbeiträge ist die gesetzliche Arbeit; sie bildet den gesetzlich festgelegten Teil des "gerechten Arbeitslohnes", der die Lebenskosten für die Lage und Jahre der Arbeitsunfähigkeit decken soll, wobei die Witwen- und Waisenversicherungsbeiträge die Vergütung des Jugendarbeitslagers darstellen. Das gilt auch für die Beiträge der Arbeitgeber, die ebenfalls als Teil des gesetzlich und stiftlich geschuldeten Arbeitslohnes angesehen sind. Die Entrichtung der Beiträge ist also Zahlung aus dem für die Arbeitserfüllung zu gewährenden Entgelts.

Gegen die Abzugsfähigkeit streiten aber auch der Zweck des Sozialversicherungsgesetzes und der hierzu ergangenen Verordnungen. Bis zu

der durch diese Verordnungen festgesetzten Höhe stellen Gehalt und Lohn nach dem Gesetzeszweck den Windstoßtrug dar, der dem Arbeitnehmer und seiner Familie unbedingt und unverzüglich zu lassen werden soll.

Eine Kürzung des gesetzlich gewährten Existenzminimums um die Versicherungsbeiträge ist also zulässig; sie entspricht allgemeinen Rechtsgrundlagen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten, denen Wohnbedarfsgesetz und die genannten Verordnungen nach S. 21 und § 20 dienen sollen. Dr. G.

Unsere Volksversicherung.

In der Kette der sozialen Einrichtungen, auf die unsere arbeitenden Volksgenossen rechtmäßigen Anspruch haben, bildet die Volksversicherung ein wichtiges Glied. Je schwieriger es für die staatlichen Beziehungen ist, desto wichtiger zählen, die den heutigen Beziehungsverhältnissen auch entsprechenden entsprechen, um so notwendiger ist für die weisenden Volksvereine ihre Erziehung im Wege der Selbsthilfe durch die Volksversicherung. Unsere Verbandsmitglieder berichten daher durch ihre Mitarbeit an den Versicherungen unserer Volksgemeinschaft nützliche und segnende Arbeit.

Um die Beziehungen zu ihren Mitarbeitern noch fester als bisher zu verstehen, gibt unsere Volksversicherung weiterhin eine "Vereinsschrift" heraus. Diese soll die Mitarbeiter über das Leben und die Einrichtungen der Volksversicherung aufklären und sie in die Lage versetzen, auch den Versicherten ehrgeimigen Auskünfte und Einzelheiten zu geben. Die Zeitschrift heißt "Unsere Volksversicherung", erscheint monatlich einmal und wird an alle Mitarbeiter der Volksversicherung kostenlos versandt. Wer sie noch nicht erhalten hat, aber Ihre Aussendung wünscht, wird gebeten, sie bei der Generalrechnungsstelle des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Köln am Rhein, Bensdorffwall 9, zu bestellen.

Vertretung vor dem Schlichtungsausschuss und Lohnausfall.

Nach § 14 der „Verordnung über die Tätigkeit der Arbeiterschaft und Angestelltenausschüsse vom 28. 12. 1918“ darf durch die Vertretung der Arbeiterschaft oder Angestellten infolge der Wahl oder der Bugehörigkeit zu den Ausschüssen keine Minderung der Einführung stattfinden.“ Ferner bestimmt § 20 noch, daß „die Schlichtungsausschüsse auch von den Arbeiterschaft und Angestelltenausschüssen angerufen werden können.“

Blöher war er freitlich, ob und von wem die Mitglieder der Arbeiterschaft und Angestelltenausschüsse im Falle einer Vertretung der Arbeiterschaft oder Angestelltenhaft vor den Schlichtungsausschüssen ihren Verlust an Lohn oder Gehalt verlangen können. Die Schlichtungsausschüsse haben diesen Bruch bisher nicht erachtet, und auch die Arbeitgeber haben den Erfolg mit der Begründung abgelehnt, daß diese Frage in der genannten Verordnung nicht geregelt sei.

Diese Unstetigkeit ist nunmehr durch eine Verfügung des Reichsarbeiterschaffens vom 25. August 1919 (J. A. 1538) befehligt worden; in dieser Verfügung heißt es: Nach § 14 der Verordnung vom 28. Dezember 1918 darf ein Lohnabzug infolge der Bugehörigkeit zum Angestelltenausschluß nicht erfolgen. Zu den Tätigkeiten, die die Bugehörigkeit zum Ausschluß mit sich bringt, gehört die Vertretung vor den Schlichtungsausschüssen (vergl. § 20 der Verordnung). Das Werk hat daher den Lohn zu zahlen.

Hierach können also fortan Mitglieder der Arbeiterschaft und Angestelltenausschüsse in allen Fällen, wo sie zur Vertretung der Arbeiterschaft oder Angestelltenhaft ihres Betriebes vor dem Schlichtungsausschuss erscheinen, ohne Abzugsklausur, ob der Schlichtungsausschuss von ihnen oder von dem Arbeitgeber angerufen worden ist, verlangen, daß ihnen der durch diese Tätigkeit verursachte Ausfall an Lohn oder Gehalt durch ihren Arbeitgeber erachtet wird. Dr. G.

Der Werkverein der "Dortmunder Union"

hatte vor kurzem seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Generalsammlung eingeladen. Auf der Tagessitzung stand: "Befreiungsklausur über die Auflösung des Werkvereins". Als Vertreter der Gewerkschaften nahmen Gewerkschaftssekretär Kroll vom Christlichen Metallarbeiter-Verein und Keller vom D. M. V. teil. In der teilweise recht lebhaften Aussprache wurde von mehreren Debatoren die Auflösung neiderbt, da der Werkverein den Interessen der Arbeitnehmer entgegensteht. Nur durch könne man zum Frieden unter der Arbeiterschaft der Union kommen. Kollege Kroll erklärte den Mitgliedern der Arbeiterschaft gegen die Werkvereinsbewegung als berechtigt und begründete dies insbesondere mit der Stellungnahme des Verbandsorgans zur Dorfseitbewegung in der Dortmunder Hüttens- und Metallindustrie. Diese Bewegung sei in streng gewerkschaftlichem Sinne geführt worden. Die Leitung sei

Um den Sozialismus zu verstehen, ist es notwendig, die Strömungen und Verschiedenheiten zu betrachten, die die Idee des Sozialismus im Laufe der Menschheitsgeschichte genommen hat, und um ein klares Bild zu erhalten, von dem Kampf, der zwischen dem ethischen und materialistischen Sozialismus ausgetragen wird, ein Kampf, der alle Geister auf den Plan ruft und bei dem sich die Menschheitsziele schieden.

Geschichte des Sozialismus und seiner Ideen.

1. Das Altertum.

Das Volk, das sehr früh in gewisser Weise den Sozialismus ausgriff, war Israel. Der Geist der Verfassung war ein theoretisch, b. h. Gott allein sollte als oberster König herrschen. Von ihm allein sollte daher auch nur der Landbesitz ausgehen. Durch alle Verhügungen und Prophetien geht der Gedanke, daß das Land nicht einigen wenigen gehören sollte, sondern bei Volksgemeinschaft, bei Jeshovoh das Land zur Nutzniebung überlassen. Im dritten Buch Mose befindet sich eine sehr bedeutende Stelle, wo es heißt: "Grund und Boden darf nicht endgültig verkauft werden, denn mein ist das Land." Das kontinentale Eigentumsrecht über Grund und Boden war in den Glanzzeiten Israels ausgeschlossen. Jeder Stamm hatte einen bestimmten Anteil des gemeinsamen Landes zu erhalten, und zwar nach Anzahl der Familien, die in den einzelnen Stämmen vorhanden waren. Der Priesterstamm blieb ohne Grundbesitz, da nach der Bestimmung der Boden denen gehörte, die ihn wirklich bebauen. Eine der wichtigsten Bestimmungen für das Allgemeingut des Bodens war das Halbjahr. Zu ihm sah die Rücksicht eines jeden in den Besitz des Bodens statt, der ihm und seiner Familie einst gehörte. Und den er in ärmerer Not hatte verkaufen müssen, denn nur dann durfte er ihn veräußern, aber nicht, um Kaufpreis damit zu treiben. Diese Bestimmungen waren in den Büchern Moses enthalten; wie lange sie befolgt wurden, steht nicht fest, sicher ist, daß unter den Königen das Gesetz schon vollkommen durchdrückt war. Ammerhin zeigt das Gesetz in seinen Grundlagen einen gewissen wirtschaftlichen und idealen Sozialismus, den aber das Volk selbst nicht beizubehalten in der Lage war.

Vorlesung folgt.

Ethischer oder materialistischer Sozialismus.

L

Das ganze Leben der Welt, aller Völker und aller Menschen ist ein Ringen zwischen dem Geist der Gemeinschaft und dem Geist des Individualismus, ferner Auseinandersetzung, nach der der einzelne nur für sich allein ist, in sich selbst Max und Ziel aller Freiheit hat und demgemäß strebt. Der Kampf des Gemeinschaftsgeistes mit dem individualistischen hat seinen Höhepunkt in den gewalttümlichen Explosionen in der Geschichte der Menschheit die man Revolutionen nennt, wenn kleine Überfälle die Masse des Volkes trachten und mit Rüßen treten. Die Slavenauflände im Altertum, die Innerauflände des Mittelalters, die französische Revolution, gegen die Untertanen zurückgeworfen wird. Auch die Amtshauer mit einem Jahr erscheint uns zu gering und fordern mindestens zwei Jahre, schon allein der praktischen Bedeutung halber, weil der Zeit von einem Jahre zweifellos zu kurz ist, um die fruchtbare seiner Anfangszeit neuen Tätigkeit zu zulassen. Dann darf weiterhin der

Geburt und Grab
ein ewig Werk.
Ein wechselnd Leben,
ein glühend Leben.

Da keiner Zeit ist das Wort "Sozialismus" öfter und mit mehr Bedeutung in den Mund geraten worden, als gerade in der Zeit, in der das Plakat ließ man es, in allen Reben hört man es, die Regierung betont, Sozialismus sei Arbeit und die Bergarbeiter in Leiberg glauben, es sei Sozialismus, wenn sie ihren Lohn bekommen, die Arbeitnehmer aber, die sie gefordert haben, für gutes Geld noch dazu an den Händen über Menschen verlaufen. Um in einem klaren Bild zu können, müssen wir zunächst einmal auf den Begriff Sozialismus eingehen.

in den Händen der Gewerkschaftsbücher. Trotzdem unternahm der Verbandsorgan des Werkvereins "Deutsche Arbeiterzeitung" vom 25. September 1910 der Bewegung politische Tendenzen und riefte an die Mitglieder des Werkvereins der Union folgende Auferfordnung:

"Vorwur, deutsche Arbeiter, die Hadschiere bereaus, wo man von euch die Unzufriedenheit zur Kündigung verlangt. Die Schrankenbürof über Lohngrenzen hat diese Gelehrten bereit, die in brutaler Unzufriedenheit einen Arbeitnehmer zu vergleichen sich anzufinden. Gibt diesen Gläsern überall die richtige Antwort. Sorgt dafür, daß die bolschewistischen Agenten für ihre russische Ruhelosigkeit eine ordentliche Packt denkt sieben bekommen." sagt diese Banditen aus den Werkstätten und aus dem Deutschen Reich. Es sind die Leute, die bei Tage in den Arbeiterveranstaltungen das große Wort von der "Unterwerfung des Proletariats" führen, die aber ohnedies in den Schlemmerneipen sind und ihren Jubelohn verprassen."

Der Vorstand des Werkvereins erklärte doch er diesem Artikel vollkommen fernste. Da hierauf erfolgte scheine Abstimmung erob 120 Stimmen für Kündigung des Werkvereins und 59 Stimmen dagegen. Die Unterwerfungsklasse bleibt bestehen und wird der Beitritt aller Arbeitnehmer in die Union möglich gemacht. Die Kostenstellen des Werkvereins werden dem Unterwerfungsklasse übertragen und für denselben in einer neuen Generalversammlung Statuten beschlossen. Mit dieser Kündigung des Werkvereins ist ein Kapitel unter der Arbeiterschaft beendet und die ruhrlöse Geschichte des Werkvereins geschlossen. Hoffentlich findet das Vorhaben der Darmstädter Mitglieder auf Nachahmung an anderen Orten.

S.



Besseres Brot.

Während des Ersten wurde sehr viel über die Nahrungsversorgung gesprochen. Das kam daher, weil wir ein Getreide haben und es deshalb bis zu 94 Prozent ausmachen müssen. Das Mehl war dadurch mehr Klebstoff und konnte nicht so verwandt werden, wie das in Friedenszeiten der Fall war. Mit Kriessacke sollte man, daß das Kleibrot noch verhindern und einem besseren Brot Platz machen. Diese Hoffnung konnte nicht erfüllt werden, weil die Mischabfertigstellung und unsere ehemaligen Bestände an Getreide fast erschöpft waren. Unsere neue Ernte erlaubt uns jedoch eine Verbesserung des Brotes. Amor muss immer noch sparsam mit Getreide umgehen werden, damit wir nicht zu armen Einwohnern des Staates neuzuwandern werden, weil diese durch den schlechten Stand unserer Wirtschaft leidet; aber wir sind doch in der Lage, daß Getreide mehr auszumachen und so ein besseres Mehl und damit ein besseres Brot zu erhalten. Am 15. Oktober ob wird der Roggengrund zu 82 Prozent, Weizen zu 20 Prozent und Gerste zu 75 Prozent ausgemahlen, während bisher das Getreide zu 94 Prozent ausgemahlen wurde. Die Mühsale sind bereits durch Rundschreiben der Reichsministerie angekündigt, die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen. Mit dem 15. Oktober kann natürlich die Verbesserung des Brotes noch nicht eintreten, da die vorhandenen Mehlvorräte erst aufgebraucht werden müssen. Man rechnet jedoch mit der Verbesserung gegen Ende des Monats. Außerdem ist damit eine Preiserhöhung des Brotes verbunden. Um wieviel, steht noch nicht genau fest. Wenn auch jede Preiserhöhung im schlimmen Augenblick an bedenken ist, so werden die Dokumente eine kleine Preiserhöhung des Brotes in diesem Falle doch in den Haushalt nehmen, weil sie wissen, daß damit eine wesentliche Verbesserung des Brotes verbunden ist. Die Maßnahme des Reichsministeriums begrüßten wir deshalb.



Vorgesetzte, wie sie nicht sein sollen.

Doch es ist der heutigen bestreiten Art Vorgesetzte nicht, die es nicht unterlassen können, durch ihr unverständliches Verhalten Karriere in die Reihen der Arbeiter zu tragen, zeigt folgender Vorfall:

Hatte da auf dem Hüttenbetrieb Meldeberg ein Lehrling die Gesellschaft gesperrt, welches gewiss zu verurteilen ist und bestraft werden muß. Daß dieser Junge nun zurecht gezeigt und ihm die Stunden abgezogen wurden, ist zu billigen. Unverständlich ist es aber, wenn ein gewisser Meister Jons nun glaubte, die Beleidigung mehrfach und in unverständlicher Art und Weise vornehmen zu müssen. Kaum glaublich ist es aber, daß er ein Instrument, einem Soldaten ähnlich, und später noch einmal eine Holzplatte zur Züchtigung des Jungen gebrauchte. Durch dieses brutale Vorgehen des Meisters veranlaßt, glaubte nun ein Arbeiter mit Recht, den Vorgesetzten daran zu weisen, daß diese brutale Züchtigung unmenschlich wäre und er hierzu kein Recht habe. Meister Jons nun, der die Auseinandersetzung verdeckt hatte, schnauzte auch diesen Arbeiter noch an. Durch diese Vorkommen wurde die Arbeiterschaft dieses Betriebes gewaltig erregt, leerten die Arbeit niedrig und verlangten die Entlassung des Meisters. Da der hierauf hinzufolgenden Betriebsversammlung wurde das Verhalten des Meisters schwer gerügt. Nach einer sehr lebhaften Aussprache wurde am Schlusse beschlossen eine Resolution angenommen, die dahingehend lautete: Die Arbeit wieder einzunehmen, aber nur unter der Bedingung, daß diesem gewalttätigen Meister das Züchtigungsrecht genommen wird.

Wir als christliche Metallarbeiter verurteilen es im allgemeinen. Wenn wegen eines Betriebsangehörigen, sei es ein Vorgesetzter oder Arbeiter, ein Streit ausbricht. Über ein solch ungerechtfertigtes Vorgehen eines Betriebsmeisters ist gewiß nicht dazu angekommen, die Arbeitsbereitschaft zu erhöhen und das gute Einvernehmen zwischen Meister und Arbeiter zu fördern.

Bekanntmachung des Vorstandes

Beschlebener wichtiger Umstande halber mußte der christliche Gewerkschaftsverband, der vom 26.—28. Oktober in Berlin stattfinden sollte, für einige Zeit vertagt werden.



Die Verwaltungsstelle Düsseldorf erhält die Genehmigung zur Erhöhung des Beitrags auf 2.—R. in der 1. und auf 1,50 R. in der 2. Beitragsklasse.



Die Verwaltungsstelle Düsseldorf erhält die Genehmigung, den Sozialbeitrag für männliche Mitglieder in allen Beitragsklassen auf 30 Pf. für weibliche auf 15 Pf. und für die Mitglieder der Jugendbeitragsklasse auf 20 Pf. festzusetzen. Richtbefolgung hat Enthaltung statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet

Ramberg i. Sch. Die Arbeiterschaft der Firma Bierz, Maschinenfabrik und Kohlegewerke Ramberg, schlug sich vor etwa drei Jahren dem Centralverband christlicher Metallarbeiter hin. dem

christlichen Metallarbeiter-Verbande an. Die betreffenden Kollegen, welche bis dahin der gewerkschaftlichen Organisation gewerkschaftlichen Zusammenschluß ihres wirtschaftlichen Interesses vertreten werden könnten. Dafür der teilweise Aufschluß an die beiden christlichen Organisationen. Um Auftrag der Arbeiterschaft reichvertrag bewilligt ein. Der Firmeninhaber, Herr Bierz, hat aber aus der neuen Zeit noch nichts gelernt: er vertrat auch jetzt noch den Betriebsim-House-Standpunkt und lehnte eine Verhandlung mit den Organisationsvertretern ab. Der Arbeiterschaft wurde von der Firma ein Gegenentwurf unterbreitet und Anträge desselben verlangt, ohne jede Verhandlung. Die Kollegen bestanden aber darauf, daß die Verbandsvertreter hinzugezogen werden müssten. Da es zu einer Einigung mit Herrn B. nicht kam, wurden die Bezirksleistungen beauftragt, den Schlichtungsausschirk zu Opeln um Vermittlung einzurufen. Am 20. September fand nun unter Vorsitz des Herrn Dr. mehrheitlich der Verhandlung statt. Gegen die Forderungen der Kollegen nicht restlos erfüllt wurden, so konnten aber doch für die niedrig entlohnten Kollegen annehmbare Verbesserungen hergestellt werden. Herr Bierz musste sich verpflichten, im November mit den Verbänden in Verhandlung zu treten und eine Abstimmung eines Tarifs vorzusehen, daß er bis zu diesem Zeitpunkt nicht einer Arbeitgeberorganisation angehört, und die Firma erneut durch einen Bezirkstarif erachtet werde. Kollegen, ihr habt gelassen, wie schwer es hält, Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Es wird aber auch in Potsdam gelingen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen sozial an zu regeln. Das zu erreichen, sei Parole sein: Euree den christlichen Verbandsorganisationen!

Collegen! Lebt auch nicht irre machen, werdet nicht warten müssen, wenn man Terror bei euch anwendet, will sonst die Freiheitshelden, ein christlich-organisierter Metallarbeiter löst nicht unterliegen. Vorwur, ihr Kollegen und Kolleginnen, alt wie jung, auf zur Arbeit für unseren Christlichen Metallarbeiter-Verband!

S. W.

Hessen-Hessen-Massen. Bezirksskonferenz des 4. Bezirks des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes.

Nach fast zweijähriger Pause hatte die 4. Bezirksskonferenz am 28. September zu einer Bezirksskonferenz nach Frankfurt eingeladen.

Der Bezirkssleiter Hba. Scherer eröffnete um 10 Uhr die Tagung und ließ die aus allen Teilen des Bezirks herbeigekommenen Delegierten, sowie den Vertreter der Betriebe, Kollegen Schmidt aus Duisburg, herzlich willkommen. Er gab dann in längeren Ausführungen ein Bild von dem Stand der Mitarbeiter, sowie der Kästen; weiter schloß er den Anwesenden die harte, aufreibende Arbeit im Bezirk während des Krieges, fast vollständig allein, überall notwendig in dem drohenden Bezirk. Es gab eine schwere Arbeit, zu leisten war, und doch, heute können wir sagen, mit hoher Lohnsicherheit: nicht allein unsere Mitarbeiterzahl ist gestiegen, sondern der Bezirkssleiter, der fast zwei Jahrzehnte allein der einzige freieöffentliche Beamte und Zollbeamter war, kann heute auf eine stattliche Mitarbeiterzahlen, sind doch allein in diesem Jahre drei weitere Kollegen freigestellt worden (Frankfurt, Hanau und Höchst). Drei weitere Kollegen sollen noch freigesetzt werden, eben nur dann, wenn die Kollegen es im Bezirk verstehen, auch einen Teil der Mittel selbst einzubringen. Mit einem warmen Appell an alle Mitarbeiter, in Zukunft weiter mit bisher Hand in Hand mit der Bezirkssleitung in arbeiten, schloß Scherer einen interessanten Bericht. Auf Befehl wurde dem Kollegen Schmidt Höchst das Wort zu seinem Referat: "Beitrag und Unterstützungen im Verband" erteilt.

Der Referent gab den Delegierten eine klare Darstellung von den Kästen im Verbande. Er kam zum Schluß seiner Ansicht, daß eine der Art entscheidende notwendige Beitragsabnahme erfolgen muß, wenn der Verband auf der Basis bleibt soll. Beide Referate wurden dann an Schotte eröffnet. Alle drei Abstimmungsberechtigte, wie Schmidt, Hanau, Höchst, Menz und Frankfurt, Wiesbaden und viele andere waren alle einmütig der Ansicht, daß erlangt der Bezirkssleiter während des Krieges eine Miserarbeit geleistet hat, und zweitens, daß im Verband eine weitausgehende Kästenarbeit durchgeführt werden muss. Weit wurde von verschiedenen Rednern stark der Terror der Reichsbehörden und der Reichsministerien eingerichtet, den sie anwerben in der Arbeiterschaft der christlichen Gewerkschaften. Doch trotz aller, wie mir dienten vorwärts. Einstimmig wurde folgende Entscheidung angenommen:

Die Bezirksskonferenz erkennt rücksichtslos an, daß die derzeitigen Organisationskräfte in keinem Maße mit Sicherheit zu dem gewollten Preis zu dem Verbande. Die Vertreter der Gewerkschaften und Gewerkschaften fordern die Erhaltung der Kästen, sofern sie die Kästenhaltung in Wahrheit eine durchwegs gerechte Erhöhung erfahren und haben erwartliche Reformen im Unternehmenswesen erfohlen. Um den weiteren Fortschritt des Verbandes zu sichern und durchsetzung weiterer Zielsetzungen föhren zu können, beschließt die Konferenz: Unbedingt bei der Lohnauszahlung in allen Beitragsklassen 30 Pf. in der Zunahmebeitragskasse 30 Pf. betragen. Die Einführung des Volksbeitrags soll sofort erfolgen.

Nach einer eindrücklichen Mittagspause wurde dann in den Versammlungen weiter fortgesetzt. Kollege Menz erläuterte die weitere Fortsetzung der Tagessordnung einen Vortrag über Hanau-Agitationen und Fragen des Zolles. Der Vortrag bei einer Menge von Anregungen, besonders auch er viele Worte über die Anwendung und Lösung am Schluß seiner lehrreichen Ausführungen folgende Resolution:

Die heutige Bezirksskonferenz ist durchdrungen von der Notwendigkeit, daß in nächster Zeit eine intensive Agitation im Bezirk eingesetzt wird, um den Bezirk entsprechend der Entwicklung des Verbandes in anderen Bezirken ebenfalls auf die Höhe zu bringen.

Zunächst ist hierzu geeignet, eine durchgreifende Hausagitation in allen Orten durchzuführen. Die anwesenden Vertrauensleute verpflichten sich, im Laufe des Herbstes überall und alsbald eine solche einzuleiten und zur Ausführung zu bringen, wobei namentlich auch auf weibliche und jugendliche Mitglieder zu achten ist.

Alle Vertrauensleute verpflichten sich, das Resultat bis längstens 30. Oktober an die Bezirkssleitung einzutragen.

In der Diskussion, die in allen Teilen durchaus auf der Höhe war, waren alle Kollegen der Meinung, daß jetzt in den kommenden Wintermonaten praktische Agitationarbeit geleistet werden muß, damit wir im Frühjahr bei der nächsten Bezirksskonferenz unser Mitgliederstand verdoppelt, verdreifacht haben. Der Wille zur Arbeit kommt am besten dadurch zum Ausbruch, daß die Revolution einstimmig angenommen wurde. Hiermit war nach fünfjähriger Arbeit die Tagessordnung erledigt. Der erste Vorsitzende, Kollege Schmidt, sagt nun das Resümee aus der geleisteten Arbeit. Vor allem singt er dem Bezirkssleiter für seine fast zwanzigjährige Tätigkeit als Führer des Bezirks seinen Dank. Wohl weiß auch die Zentrale, daß der vierte Bezirk auf einem kleinen Boden aufgebaut ist, und doch, wie ja die Verhandlungen es heute zeigen, geht es vorwärts. Kollege Schmidt gab mehrere praktische Anregungen für die jetzt überall einzuschlagende Arbeit, und mit einem begeisterten Schlußwort, wobei er den Betrieb erbrachte, daß nur uns, den christlichen Gewerkschaften, die Zukunft gehört, seine herzlichen Ausführungen. Brausender Beifall zeigte dem Redner, wie er allen aus dem Herzen gesprochen hatte. Kollege Scherer schloß nun dem Kollegen Schmidt, sowie allen Delegierten dankend, die so schön verlaufene Bezirksskonferenz.

Kollegen des 4. Bezirks! Die Bezirkssleitung steht hinter uns. Zeigt, wie ihr bei euch anwendet, werdet nicht warten,

Wir sind alle verantwortlich für das, was jetzt geschieht im Bezirk. Kollegen, in allen deutschen Städten verschafft der christlich-soziale Gedanke. Auch wir in dem Bezirk, wo der große Wohnbezirk von Mainz, gelebt und gewirkt hat, wie haben die Verbandsleiter umgezogen, seine Ideen praktisch in der Gewerkschaftsarbeit umzusetzen.

Kollegen! Lebt auch nicht irre machen, werdet nicht warten, wenn man Terror bei euch anwendet, will sonst die Freiheitshelden, ein christlich-organisierter Metallarbeiter löst nicht unterliegen. Vorwur, ihr Kollegen und Kolleginnen, alt wie jung, auf zur Arbeit für unseren Christlichen Metallarbeiter-Verband!

*

Wahlkirch. Zu einer gewaltigen Heerschau der christlichen Arbeiterschaft, wie sie unter herrschendem Kaiser noch nicht in diesem Umfang gefehlt hat, erstellte sich der christlich-soziale Arbeiterschaft am vergangenen Sonntag hier in Wahlkirch statt und weit über 2000 Teilnehmer mussten kommen. Die christliche Arbeiterschaft des Kaiserreichs hat durch diese Tagung wie die Arbeiterschaft des Schwarzwaldes und des Altmühltales mit Tatkräft und Willenskraft ihre Stellungnahme zu den Entwicklungen und Gestaltungen der neuen Zeit zum Ausdruck gebracht.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung mit ihren weit über 40 000 Anhängern in unserem Gebiet sind lebensfähig, das haben die drei großen Arbeitertagungen überzeugt. Man möchte nur wünschen, daß die christliche Arbeiterschaft des übrigen Landes ebenfalls aus der Reserve herausstehen möge, um ebenso neue Begeisterung in die christliche Arbeiterschaft zu tragen.

Auch in Wahlkirch sprach wiederum Gewerkschaftssekretär Udo Heinrich in plötzlicher Weise über die Grundzüge und praktischen Nutzen der christlich-sozialen Arbeiterschaftbewegung in Bezug auf und Aufsicht. Heinrich Reden sind Programme und so wurden auch in Wahlkirch keine Ausführungen wiederholt von starkem Beifall unterbrochen und fanden zum Schluß ein gewaltiges Echo. Auch der zweite Redner, Gewerkschaftssekretär Müller, erzielte ähnliche Massen zu begeistern durch seine zeitgemäßen Ausführungen über Arbeitsgemeinschaft, Mäzenatentum und Sozialisierung. Herr Müller verlor und begründete auch nachstehende Einschätzung:

Die heutige von 2000 Personen besuchte Massenversammlung der christlich-sozialen Gewerkschaften und der Kath. Standesvereine des Kaiserreichs hat durch die starke Entwicklung unserer Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, die seit der Staatsbildung ihre Mitarbeiterzahl verdreifacht hat. Mit besonderer Freude dankt die Arbeiterschaft des Kaiserreichs und des Freistaates Sachsen der Gesamtbewegung für die sogenannte Arbeit für Volk und Reich und für die bisherige Tätigkeit zur Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Lage des Arbeitersstandes.

Von dem neuen Wahlkreis verloren wir Erneuerung des sozialen Geistes und entschiedene Förderung der produktiven Arbeit. Bewußte Lehre von Ehre und materialistischem Mannmannismus und Machismo ist erforderlich, wahre Gemeinschaftsarbeit tut not. Der Mensch muß in den Mittelpunkt von Leben und Gewissen gesetzt werden. Der Geist christlichen Fleisches und Gewissens muss wieder überall Einsicht halten. Vorhandene soziale Schäden sind auszuheilen. Besonders soll dem vorhandenen Wohnungsmangel durch festes Verteilen auf dem Gebiet der Nationalversammlung und Freimechanik von Wohnungen noch nicht abgeschlossen werden. Die Arbeiterschaft erwartet von der Regierung, daß durch Gewöhrung von Baupolenzwischenlagen das Bauen von Kleinvorhungen, zunächst gefordert werde. Herr Landrat und Landtagsabgeordneter, Herr Müller wird beauftragt, diesbezüglich bei der Staatsregierung vorstellig zu werden. Der Mensch und Schlechthabend ist entschiedener wie bisher zu bekämpfen. Die christlich-soziale Arbeiterschaft wird besonders arbeiten, mit allen Kräften mitzuwirken.

In Unbedacht des bevorstehenden schweren Winters soll Tevering, Kohl- und Lebensmittelnot vor dem die christlich-sozialen Arbeiterschaft vor allem die Sicherstellung der Kartoffeln und Getreideverteilung durch Gemeinde und Kommunalverband.

Die christlich-soziale Arbeiterschaft tritt ferner mit allen Mitteln für die Kästenhaltung und weitere Förderung der Bezirksschulen unserer Gewerkschaftsbewegung zu den konfessionellen Arbeiterschulen, Arbeiterschulen und Jugendvereinen ein.

Die Tojana macht es jedem Mitarbeiter der christlichen Gewerkschaften und der Steinkohleverkäufer zu sein und unermüdlich an der Ausbreitung der christlichen Gewerkschafts- und Standesbewegung zu arbeiten.

*

Singen o. S. Die vom christlichen Metallarbeiterverband vor kurzem im Restaurant H. Müller anberaumte Versammlung war ziemlich gut besucht. Die Wichtigkeit der Tagessordnung erfuhr sie baldächtig auf Lebensmittel- und Wohnungsfragen, in denen sich eine sehr angeregte Diskussion zeigte und zwar auf Grund völkerlicher Missstände, wo durchfeindende Elemente verlangt wurde, ganz besonders in Lebensmittelzonen, wo der Regierung ein gewisses Misstrauen entgegengebracht wurde, da die Ausführung der Zwangsarbeit vielleicht auf das arbeitende Volk insofern der hierfür herangezogenen Prostitution standhaft wäre. Hierzu wurde auch der Arbeiterausflug in der Zeitungslösung einer Kritik unterzogen, weil er der gegenwärtigen Zeit entgegen, so wenig Energie zeigt und infolgedessen an Einschäden leidet zu ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Es muß deshalb mit allem Nachdruck verlangt werden, daß der Arbeiterausflug in den Interessen der Arbeiter waltet und zwar ohne Rücksicht auf irgendwelche Anteile der Direktion, die in älteren Fällen beweist, nach ungängend umgezogen zu haben. Wäge deshalb diese Anregung ein. Niemand sei für unsere im Bauwesen begreifliche Organisation, wodurch die in 14 Tagen wieder aufzufindende Versammlung sich zu einer unvorstellbaren Versammlung steigert, da vorzüglichlich das Betriebsratsystem behandelt wird. Ein Versammlungsbeirat in Abhängigkeit der Wichtigkeiten ist dringend erforderlich. Also hinzu in die Organisation, hauptsächlich in die Versammlung, denn nur Einigkeit macht stark.

*

Rodenwald. Vor einigen Wochen fand im evangelischen Bereichshaus eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher Gewerkschaftssekretär Bader aus Köln Vortrag hielt über Betriebskrankheit. In großzügiger, klarer und für die Mitglieder gut verständlicher Weise schilderte der Sekretär das Ende der Einrichtung, oder auch seine Schattenseiten. Er erinnerte daran, daß bei den kommenden Wahlen alle Mann an Bord sein müssen, damit auch unsere Leute gezielt gewählt werden. Der Sekretär ging dann noch auf die politischen Streite ein und wies nach, wie teilige unter deutschem Wirtschaftsleben an den Rand des Abgrundes gebracht haben und daß durch diese Kreise gewissenlose Elemente die Arbeiterschaft am meisten zu leiden habe. Alle Anwesenden loschten gehoben den packenden Ausführungen. Das dieselben ihre Wirkung nicht versieht hatten, zeigte die lebhafte Ausprache, welche sofort einsetzte. Alle Anfragen und Meinungen aus der Mitte heraus wurden vom Sekretären beantwortet bzw. richtig gestellt. Der Vorsitzende dankte dem Redner seinem herzlichen Raden-Rodenwald für sein Erscheinen, seinen lehrreichen Vortrag und seine Interessen und erinnerte die Mitglieder, trenn' jetzt zum Verbande zu schließen und eifrig mit zu arbeiten an der Verbesserung und Erweiterung unserer Arten. Deutliche Schluß danach die gut verstandene Versammlung.

Aus der Branchenbewegung

Buchenmetallarbeiter.

Am Sonntag den 5. Oktober, fand im Kaufmännischen Saal des Stadtbaues zu Eßlingen eine Buchenmetallarbeiterkonferenz statt, zu der alle Betriebsleitungssäulen des Rhein-Weltl. Hochrechts-Dolomite, entstanden waren. Kollege Anton hieß einen Vortrag über „Entstehung und Verlauf der Gedächtnissberichterstellung“ und erläuterte dabei alle wesentlichen Dokumente. Gleichzeitig kündigte die Vereinigung im Sommer 1918 an, daß Ziel war die Schaffung ethischer Arbeit und Arbeitsverhältnisse für die Buchenmetallarbeiter, Dauer- und Maschinenbau im ganzen Rhein-Weltl. Hochrechtsbezirk. Der Entschluß standen viel Schwierigkeiten entgegen, doch gegenwärtig ist die Angelegenheit in einer entscheidenden Stellung eingetragen; wie sie in Beziehung mit dem Hochrechts zum Abschluß eines Tarifvertrages. Aus dem Mandat wird uns keine rechte Verhandlung beim Gewerbeverband befreit, sondern kann über die leichten Verhandlungen beim Gewerbeverband bestimmt werden. Kollege Anton vertritt die Meinung, daß die Buchenmetallarbeiter nicht mehr auf die Gewerbeverbandsmitgliedschaft verzichten, weil sie in einem bestimmten Vertrag vereinbart wurde, weil wie einen Tarifvertrag ableiten, der als solend ab 1. Oktober gilt. Gegenwärtig stehen die Buchenmetallarbeiter, Dauer- und Maschinenbau hinter den beiden Betriebs- und Maschinen-Industrien. Im Tarifvertrag muß hierin eine eindeutige Gleichstellung erzielt werden. Es muß auch grundsätzlich um der Anwendung gebrochen werden, daß der Buchenmetallarbeiter nur Gütekriterien des Bergmanns setzt. Die Wichtigkeit ist der eine auf den anderen angewiesen. Alle Berufe treten im Produktionsprozeß ineinander daran, haben wir also ein gemeinsames Interesse an der Steigerung der Kohlenförderung zur Behebung der Kohlennot. All der Übung der Kohlenfrage muß allerdings auch die Lösung der Werkzeug- und Wirtschaftsfrage so schnell wie möglich erfolgen. Der Vertreter des Reichskommissars lädt läufig in Eßlingen aus, daß die drohende Kriegernot die Stilllegung eines großen Teils der Industrie bedroht. Was und welche kann, ist neben der ersten Sprecherei in der Bewerbung der Gewerbeverbands einzuführen, und allein die Arbeit, und zwar in erster Linie die Arbeit in der Reparation, also die Steigerung der Kohlenförderung. Wenn es nicht, die Kohlennot zu beenden, so gehen wir einem Winter des Schreckens entgegen. Trotz dieser letzten Aussichten ist „Spartacus“ hier und da am Ruder, die Schrecken durch Pusche und Gewaltstrikot zu vertreiben. „Wollen wir uns durch „Spartacus“ unterkriegen lassen?“ Wie wirken als christliche Gewerkschaften unser Pflicht verleben, wenn wir nicht als geistlose Mosse Spartacus entgegentreten. Diese Sehnsucht aller christlichen Arbeiter gemeinsame Interessen auf dem Spiel und darum müssen alle im Bergbau beschäftigten christlich organisierten Arbeiter zusammenstehen. Wenn man die gesetzliche Vorschrift verfolgt, angedeutet vom sozialdemokratischen „A-Laufkampfprogramm“ bis zu den Forderungen der „Allgemeinen Arbeiter-Union“ und zu dem Programm der Kommunisten, so sehen wir, wie eins sich ans andere anschließt. Man redet so viel von einem „Einheitsverband“, in Wirklichkeit handelt es sich dabei um Bestrebungen zur Durchführung des revolutionären Programms. Es mag eine Probe aus dem Programm des Kommunismus folgen:

„Nicht Reformen oder Erweiterung, sondern Sturm des Bestehenden, das ist die Lösung der Kommunisten.“ Wie müssen den Kampf zwischen Kapitalismus und revolutionärem Proletariat auf das äußerste entzerrern und aufheben lassen. Zu diesem Kampf haben wir jede übergeordnete Regierungsinstitution einzutreten. Unsere Parole darf nicht sein „Ruhe und Ordnung“, sondern immer wieder offener und schärfster Kampf gegen das gesamte Kriegsamt. Unsere Forderung kann und darf nur sein: „Der mit der proletarischen Diktatur!“ Dieser Kampf kann aber nicht allein ausgefochten werden durch Streiks und Demonstrationen, nein, dieser Kampf muß auch ausgefochten werden auf militärischer Grundlage. Deshalb fordern wir die Bildung von kommunistischen Garde; deshalb fordern wir die Errichtung des revolutionären Industrieproletariats.“

Trotz dieser offensichtlichen Förderung der Umsturzbewegung durch die „Allgemeine Bergarbeiter-Union“, die vielfach geprägte „Einheitsorganisation“, gibt es noch harmlose Gemüter, die sich von Unionisten bestimmen lassen. Die meisten Anhänger der Union rekrutieren sich allerdings aus den ehemaligen Gebieten, die immer da zu finden sind, wo sie den gebrochenen Vortrieb für sich erwarten.

Was tun wir angewischt solcher umstürzlerischen Versuche der gesetzlichen Bewegung? Wir treten ein für Siedlung und Ausbildung nachhaltig Christl. Metallarbeiterverbandes, wir arbeiten an der Erhaltung unserer Gewerkschafts- und besten Gemeinschaftsarbeit im Sinne und zum Wohl unserer gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Nach Beendigung des Vortrages sah eine außerordentlich lebhafte Debatte ein. Es wurden gemachte Erfahrungen ausgetauscht, Ratschläge gegeben und Wünsche zum Tarif geäußert. In der Ausprache beteiligten sich Kollegen aus allen Betrieben. Daraus wurden die Vorschreibungen zum Tarif bekanntgegeben und die Ausprache wurde hieraus ausgeholt. Männische Wünsche wurden zum Andenken gebracht und zur Erinnerung zur Kenntnis genommen. Wegen vorgerückter Zeit, die Tagung dauerte 4 Stunden, mußte die sehr angeregte verlaufene Debatte abgebrochen werden.

Die Kollegen, die nicht mehr zu Worte gekommen sind, mögen ihre Wünsche schriftlich äußern und der Geschäftsstelle Eßlingen, Limburgerstr. 26, übermitteln.

Begehrte Entscheidung wurde einstimmig eingenommen: „Die am 5. Oktober zu einer Buchenmetallarbeiterkonferenz im Kammertreffsaal des Stadtbaues zu Eßlingen versammelten Delegierten aus dem ganzen Rhein-Weltl. Hochrechts erkennen an, daß der Christl. Metallarbeiterverband in vorbildlicher Weise für die Interessen der Buchenmetallarbeiter, Dauer- und Maschinenbau eingetreten ist, um deren Lohn- und Leibesbedingungen für sie zu schaffen. Die Konferenz erwartet den baldigen Abschluß eines Tarifvertrages, der in weitreichender Weise die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Buchenmetallarbeiter einheitlich regelt. Die anwesenden Delegierten verpflichten sich einstimmig, für Erhaltung des Christl. Metallarbeiterverbandes einzutreten, im Sinne und zum Wohl der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung.“

*

Branchengründung in Opladen.

Unsere Verwaltung Opladen ist noch eine der jüngsten. Tabelleben haben die Kollegen der verschiedenen Berufe an der Ausarbeitung der Organisation schon früher gearbeitet, aber verhältnismäßig wenig Erfolg gehabt. Der untere Kreis Solingen sollte eigentlich zu den Hochburgen der christl. Gewerkschaftsbewegung gezählt werden können. Leider ist vor der Revolution der Industriekonservatismus so stark in die Erziehung getreten, wie wohl nirgends in einer mit Industrie hoch besetzten Gegend. Erst der große Krieg hat die Kollegen und Kolleginnen etwas mobil gemacht. Jetzt suchen sie herauszufinden, was nur möglich erscheint. Besonders christlicher Berufsmänner haben sich die Heizerg- und Maschinenbau in unserer Gegend gegenüber. Der Heizerg- und Maschinenbauverbund hat in verschiedensten Städten mit Erfolg gegründet und auf Berichte nach dieser Richtung gesehen. Seitdem ist die kleine Gewerkschaft bisher glatt abgestorben. Um den Heizerg- und Maschinenbau habe ich als erste zu berichten, wurde die Gründung einer Branche in einer gut bekannten Verbandsnachrichten begrüßt, in der Kollege Henning von der Berichterstattung einen kurzen Vortrag über die Branchenarbeiter und ihre Bedeutung für den einzelnen Kollegen übernommen hatte. Als letzter Vortragender wurde der Kollege Wilh. Witzig von Immigrath aus dem Kollege Frieder. Koch-Königreich als weiterer Vortragender einstimmig gewählt. In das Amt der Christenheit traten ich, der Kollege Henning Berger, Büttner und Rudolf Beierle. Gestern wurde nun die Kollegen auch eifrig bestrebt, ein, alle noch

lebende Kollegen für den Christlichen Metallarbeiter-Verein zu gewinnen. Es gibt noch viele, die nur aus Unkenntnis oder Feindseligkeit die nicht den Mut besitzen, ihre Gewissheit auch in der Christlichkeit zu bekennen.

Schlosser und Schmiede.

Am 27. Sept. wurde hier von der Verwaltung Opladen die Gründung einer Branche für die Schlosser und Schmiede und deren Hilfsarbeiter in die Wege geleitet. Es war eine hübliche Zahl von Kollegen der Gründung geholfen. Besondere Erwähnung verdient, daß es fast nur die älteren Kollegen waren, die sehr leicht erkannt haben, die Gründung einer Branche ausdrücken. Nach einem kurzen Bericht des Kollegen Henning war hier in leidende Arbeit verkehrt, die Gründung erfolgte. Aus der Wahl eines neuen Vorstandes bestanden Kollegen Witzig, als 1. Vorsitzender und Kollege Hermann Kelsch, als 2. Vorsitzender. Zu Schriftführern wurden gewählt die Kollegen Witzig, Kelsch, Henning, Ammerath, und Peter Simon. Wiesbaden. Wenn die älteren Kollegen auch in Zukunft wie es bei der Gründungsversammlung der Branche ihrer Meinung der Fall war, ist ihr Sohn in erstaunlichem Maße hier die Deutsche Metallarbeiterverband, der den im Frühjahr abschließen Tarif einstellig gefündigt hat und auch eine Fortsetzung einfindet, bald nicht mehr wagen, ohne und etwa zu unternehmen. Es ist freilich auch diesmal nicht geschafft. Über den Vertrag hat man wieder gewacht. Wenn es war, es ist im Frühjahr als die Geschichte überhaupt zu scheitern drohte, hatten wir uns die Forderungen entschlossen. Zu gleicher Zeit war, aber erklart worden: Wir werden auf keinen Fall das später noch einmal mitnehmen. Wenn wir mit beraten, dann treten wir auf für die Forderungen ein. Diesmal wollte man uns wieder „anständig“ erläutern, den einstigen auftretenden Tarif zu unterschreiben, und o. das nicht lösen gelungen, gingen die Kollegen, trotz der voreinbarten gemeinsamen Besprechung dazu über, den Tarifentwurf einzuschicken. Die Gründung hatten sie ganz stillschweigend vorgenommen. Der Arbeitgeberverband hat seinerzeit die einstige ausgeschworene Abstimmung nicht angenommen, weil er gar nicht mit Recht lagte, der noch anstehende Tarif ist mit dem Christlichen Metallarbeiter-Verband gemacht, also kann er auch nur mit ihm gekündigt werden. Nun haben die Herren wie der bekannte Schaeffer am Ufer Würde die unangefochtene Lage der Arbeiter nicht die ziemlich schlechte sein, so würde die Vertreterversammlung am Sonntag, dem 28. September sicherlich den von den betriebsseitigen Seiten vertretenen Standpunkt, jetzt nicht zu kündigen, zu dem ihrigen gemacht haben. Nun wollte die Kollegen ihnen in den Kreis eingeschrittenen Herren allein herauholen lassen. Wir haben nun auch die Abstimmung ausgeworfen, aber bestellt, daß es nicht mit Rücksicht auf die Handlungswweise der Gewerkschaften geblieben, sondern weil wir es schon früher vorgelebt hatten. Aber auch unsere Forderungen haben wir ebenfalls einstellig einzurichten müssen, weil, wie oben schon gelangt, für uns gar keine Voraussetzung gegeben war, unser Meining zu sagen. Wenn uns nun schon vorgeworfen wird, die Christlichen sind an der ganzen Sache schuld, so erinnert das an jenen Sieg, der, um Zeit zum Ausstreichen zu bekommen, rief: Halte den Sieg!

Aus der Jugendbewegung

Bochum. An einem der letzten Sonntage veranstaltete die hiesige Ortsverwaltung eine Versammlung der Jugendlichen, die einen verhältnismäßig guten Besuch aufzuweisen hatte. Kollege Kauer eröffnete dieselbe und hieß alle jugendliche Kollegen herzlich willkommen. Erster Punkt der Tagesordnung war Vortrag des Kollegen Köhler, 2. Punkt allgemeine Lohnfrage der Lehrerlinge, 3. Punkt Neuordnung der Jugendsktion. 4. Punkt Besprechung über unseren Ausschuß. Nach Verlesung des Protolls nahm Kollege Köhler das Wort zu seinem Amt. Niederrhein lädt etwa folgendes aus: Es sei eine große Auflage, daß unsere Kollegen die Versammlungen nicht besser brauchen. Dieses liegt daran, daß in der Versammlung nicht das geboten wird, was ihr wohl würdigste Kollege Köhler legte den jungen Kollegen dar, daß auch für sie eine Organisation notwendig sei. Wenn es heute möglich geworden ist, Beiträge abzuschließen, so hat es schwere Räume gefüllt. Ihr soll die Jugend von heute, die noch größtenteils die Fortbildungsschule besucht, wissen, daß wir es schon früher vorgelebt haben. Aber auch unsere Forderungen haben wir iebständig einzurichten müssen, weil, wie oben schon gelangt, für uns gar keine Voraussetzung gegeben war, unser Meining zu sagen. Wenn uns nun schon vorgeworfen wird, die Christlichen sind an der ganzen Sache schuld, so erinnert das an jenen Sieg, der, um Zeit zum Ausstreichen zu bekommen, rief: Halte den Sieg!

Es liegt jetzt an der Jugend, mehr praktisch als bisher in der Standesorganisation im christl. Metallarbeiterverband zu arbeiten, das ist die Vorbereitung. Wenn sie selbst fühlt, was es heute heißt: Arbeitserkenntnis, wenn sie erkennt, wo es mangelt, wenn sie sieht, wo der tatsächliche Punkt die Organisation ist, wenn sie unterrichtet wird über das, was die Organisation will, dann muß es ein ganz interessanter, nicht standesbewußter deutscher jugendlicher Arbeiter sein, der da noch stehtbleibt. Die Jugend muß also an die Entwicklung der großen Ideale der christl. Gewerkschaftsbewegung interessiert werden. Manches ist verrückt heute durch den Verband geschaffen, aber es hätte noch mehr geschaffen werden können, wenn mehr Kollegen organisiert wären. Auch in Bochum gilt der Ruf: „Jugend an die Front!“

Kollege Köhler dankt dem Redner für die freundlichen Worte.

Vorlesung wurde beschlossen, am 10. August einen Ausschuß nach der Lehrerhöhle-Zellerauer zu übernehmen. Hierher wurde beschlossen, die Versammlungen an den Wochenenden zu verlegen. Auch auf den Hochstufen wurde hingewiesen. Wenn man Gewinde schneiden kann, muß man auch Gewinde berechnen können und hierzu sei der Ratius sehr zu empfehlen. Es liegt nun an der Jugend, diesen Ratius zu beschaffen.

Die Jugend soll an die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung interessiert werden.

Die Jugend soll an die Gewerkschaftsbeweg